

Auflagen mit den Genossenschaften Verträge für die bevorstehende Winterperiode ab. Zum Verhindern und Beseitigen von Störungen in der Produktion, auf Baustellen oder bei der Versorgung der Bevölkerung können die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, Kreise und Stadtkreise den Vorsitzenden der Genossenschaften Auflagen und Weisungen erteilen.

Die zuständigen örtlichen Räte kontrollieren die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit bei der Bildung und dem Zusammenschluß von Genossenschaften. Sie gewährleisten den Überblick über die in ihrem Territorium tätigen Genossenschaften und führen das Genossenschaftsregister. Die Genossenschaften haben ihre Bildung und den Zusammenschluß sowie Änderungen ihrer Statuten dem zuständigen Rat zur Registrierung zu melden. Sie erlangen ihre Rechtsfähigkeit mit dieser Registrierung.

Für die Registrierung der LPG, der PGH und der Fischereiproduktionsgenossenschaften der See- und Küstenfischer ist der jeweilige Rat des Kreises zuständig.<sup>23</sup> Die Zulassung und Registrierung der AWG erfolgt beim zuständigen Rat der Stadt bzw. Gemeinde nach Beratung mit dem Beirat für Wohnungsbaugenossenschaften beim Rat des Kreises.<sup>24</sup>

### *Produktionsgenossenschaften des Handwerks*

Die Tätigkeit der PGH unterliegt der staatlichen Leitung und Planung. Eine besondere Verantwortung dafür tragen die Räte der Kreise. Diese sind verantwortlich für die Leitung, Planung, Förderung und Kontrolle der Tätigkeit der PGH auf dem Gebiet der Dienst- und Reparaturleistungen für die Bevölkerung (§ 3 Handw.Förd.-VO). Dabei lenken die Räte der Kreise die Tätigkeit der PGH vor allem auf die Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Einrichtungen an Dienst-, Reparatur- und anderen unmittelbaren Versorgungsleistungen, auf Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, an Wohngebäuden und Gebäuden gesellschaftlicher Einrichtungen sowie auf die Herstellung von Erzeugnissen nach individuellen Wünschen der Bürger.

Die PGH erhalten — wie volkseigene Betriebe — staatliche Planaufgaben, auf deren Basis sie ihren Planentwurf erarbeiten und dem Rat des Kreises übergeben. Dieser unterstützt die Plandiskussion in den Genossenschaften. Zur Realisierung des vom Kreistag beschlossenen Jahresplanes erteilt der Rat des Kreises verbindliche staatliche Planaufgaben an die PGH, die die Grundlage für die Betriebspläne der PGH bilden. Über die staatlichen Planaufgaben hinaus kann der Rat des Kreises den PGH Auflagen zur Erfüllung spezifischer Versorgungsaufgaben für die Bevölkerung erteilen (§ 7 Handw.Förd.-VO). Ein Auflagenrecht gegenüber den PGH zur Sicherung bestimmter Reparatur- und Dienstleistungen haben auch die Räte der Städte und Gemeinden (§ 60 GöV). Dieses Auflagenrecht dient insbesondere der Beseitigung kurzfristig auf tretender Versorgungsschwerpunkte.

23 Vgl. § 4 Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3.6.1959, GBl. I 1959 Nr. 36 S. 577; § 2 VO über das Musterstatut der Produktionsgenossenschaften des Handwerks vom 21.2.1973, GBl. I 1973 Nr. 14 S. 121; Ziff. 2 Beschluß über das Musterstatut der Fischereiproduktionsgenossenschaften der See- und Küstenfischer vom 15.12.1977, GBl. I 1978 Nr. 3 S. 49.

24 Vgl. § 4 VO über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, a. a. O.